

Wochenbericht

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200
www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Einkommen, Sparen und intrafamiliäre Transfers von älteren Menschen¹

Markus M. Grabka
mgrabka@diw.de

Die jüngsten Reformen der Bundesregierung zur Konsolidierung der finanziellen Lage der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) belasten vermehrt die heutige Rentnergeneration. Eine Beschreibung der Lebenslage und Einkommenssituation von älteren Menschen gibt Hinweise, ob diese Maßnahmen zu sozialpolitischen Verwerfungen führen können.

Neueste Ergebnisse auf Basis des vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung erhobenen Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigen, dass die Einkommensposition alter Menschen nicht viel unter dem Durchschnitt aller Haushalte liegt und die Mehrzahl finanziell sogar deutlich besser gestellt ist als Familien mit Kindern. Seit Mitte der 80er Jahre konnten die Alten insgesamt ihre Einkommensposition zudem nachhaltig verbessern.

In diesem Zusammenhang wird auch der Frage nachgegangen, wie die Spar- und Transferneigung von Alten ist. Da die Konsumneigung mit dem Alter tendenziell abnimmt, sparen ältere Menschen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich viel. Mehr als zwei Drittel der Alten sparen oder leisten Transfers an Enkel und Kinder.

Aktuelle Reformen zur Stabilisierung der Finanzlage in der GRV

Das Defizit der Rentenkasse hätte nach Angaben von Experten des Schätzerkreises in diesem Jahr ohne Eingriffe rund 8 Mrd. Euro betragen; dies hätte eine Anhebung des Beitragssatzes in der GRV auf 20,3 % erfordert.² Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit wiederholt Maßnahmen durchgeführt, die vorwiegend Arbeitnehmer und Arbeitgeber belasteten.³ Mit den Eckpunkten für die Weiterentwicklung der Rentenreform aus dem Jahre 2001 und zur Stabilisierung des Beitragssatzes in der GRV werden nun verstärkt Schritte in Richtung einer zunehmenden Belastung der aktuellen Rentnergeneration verfolgt. Hierzu zählen u. a. die Aussetzung der Rentenanpassung am 1. Juli 2004, die vollständige Zahlung des Beitrags zur Pflegeversicherung durch die Rentner ab dem 1. April 2004 sowie die Entrichtung des vollen Krankenversicherungsbei-

¹ Unter älteren oder alten Menschen bzw. Alten werden hier Personen im Alter von 65 und mehr Jahren verstanden.

² Vgl. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS): Rentenbeitrag bleibt 2004 stabil bei 19,5 Prozent – Generationenvertrag nachhaltig sichern. Pressemitteilung vom 20. Oktober 2003.

³ Vgl.: Ältere Menschen in Deutschland: Einkommenssituation und ihr möglicher Beitrag zur Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung. Bearb.: Markus M. Grabka et al. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 12/2003, S. 190–195.

Nr. 6/2004

71. Jahrgang / 5. Februar 2004

Inhalt

Einkommen, Sparen und intrafamiliäre
Transfers von älteren Menschen
Seite **67**

Deutsches
Institut f. Wirtschaftsforschung

5. Feb. 2004

Zeitschriften

A 22127 C

trags ab dem 1. Januar 2004 auf eine betriebliche Altersversorgung.⁴ Als Entlastung der Rentner ist eine zeitnahe und individuelle Weitergabe von Beitragssatzänderungen in der gesetzlichen Krankenversicherung aufgrund der Maßnahmen im Gesundheitsmodernisierungsgesetz vorgesehen. Der wesentliche Vorteil des Gesamtpakets besteht in einer schnellen Ausgabenreduktion und einer Stabilisierung des GRV-Beitragssatzes. Es gibt jedoch von Seiten der Sozialverbände Bedenken gegen eine finanzielle Belastung der derzeitigen Rentnergeneration; sie lehnen eine weitere Beteiligung von Alten zur Stabilisierung des Rentensystems ab.⁵

Lebenslage älterer Menschen

Eine Bewertung der aktuellen Reformmaßnahmen der Bundesregierung kann durch eine detaillierte Beschreibung der Lebenslage und Einkommenssituation der Rentner fundiert werden. Nach Angaben des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)⁶ lebten im Jahre 2002 in Deutschland mehr als 14 Mill. Personen – knapp 18 % der Gesamtbevölkerung – im Alter von 65 und mehr Jahren in Privathaushalten⁷ (Tabelle 1). Mehr als die Hälfte dieser Personen (7,4 Mill.) wohnte in Zweipersonenhaushal-

ten. Rund 5,6 Mill. (39 % der Alten) lebten in Einpersonenhaushalten, wobei dies zu knapp 84 % allein lebende Frauen waren.

Die Einkommenssituation der Alten variiert mit dem Haushaltstyp. Allein lebende Alte haben eine im Vergleich zur Gesamtbevölkerung unterdurchschnittliche Einkommensposition. Diese liegt bei den jüngeren Alten (65 bis 74 Jahre) bei rund 80 % und bei den Älteren (über 74 Jahre) nur noch bei knapp 75 %. Allein lebende alte Frauen haben nochmals eine etwas schlechtere Einkommens-

⁴ Vgl. BMGS: Eckpunkte für die Weiterentwicklung der Rentenreform des Jahres 2001 und zur Stabilisierung des Beitragssatzes in der Gesetzlichen Rentenversicherung. 2003 (www.bmgs.bund.de/downloads/Rente_Eckpunkte_Endfassung.pdf); BMGS: Zu Krankenkassenbeiträgen auf Versorgungsbezüge. Pressemitteilung vom 2. Januar 2004 (www.bmgs.bund.de/deu/gru/aktuelles/pm/bmgs04/d_104_4692.cfm).
⁵ Sozialverband VDK: Rentner sind die Opferflammer der Nation. Pressemitteilung vom 20. Oktober 2003 (www.vdk.de/de5932).

⁶ Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich durchgeführt wird; vgl. SOEP Group: The German Socio-Economic Panel (GSOEP) after more than 15 years – Overview. In: Elke Holst et al. (Hrsg.): Proceedings of the 2000 Fourth International Conference of German Socio-Economic Panel Study Users (GSOEP2000). In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW Berlin, Heft 1/2001, S. 7–14; auch www.diw.de/deutsch/sop/.

⁷ Die im SOEP interviewten Personen in Anstalten (insbesondere in Altenwohn- und Pflegeheimen) werden aufgrund der vielfältigen Abgrenzungsprobleme bei der Erfassung von Einkommen und Ausgaben aus den folgenden Analysen ausgeschlossen.

Tabelle 1

Einkommen und Einkommensposition in Deutschland 2002 nach Haushaltstypen

Haushaltstyp	Personen in Mill.	Anteil in %	Durchschnittlich verfügbares Einkommen ¹ in Euro	Relative Einkommensposition	Armutsrate ²
Alleinlebende im Alter von ...					
unter 65 Jahren	9 170	11,23	18 703	91,6	24,2
65 bis 74 Jahren	2 397	2,94	16 127	79,0	26,8
darunter: Frauen	1 906	2,33	15 400	75,4	29,3
75 Jahren und älter	3 197	3,92	15 288	74,9	28,7
darunter: Frauen	2 778	3,40	14 711	72,1	31,4
Zweipersonenhaushalte, älteste Person ...					
unter 65 Jahre	12 936	15,84	25 068	122,8	11,1
65 bis 74 Jahre	5 819	7,13	19 953	97,7	10,3
75 Jahre und älter	2 925	3,58	21 407	104,9	9,6
Familien mit Kindern unter 17 Jahren	31 903	39,07	18 409	90,2	18,2
Sonstige Haushalte ...					
ohne Kinder	10 203	12,50	24 409	119,6	7,6
mit Rentner, 65 bis 74 Jahre	1 657	2,03	21 085	103,3	10,8
mit Rentner, 75 Jahre und älter	1 438	1,76	23 266	114,0	8,9
Insgesamt	81 650	100,0	20 415	100,0	15,9
darunter:					
Personen unter 65 Jahre	67 282	82,4	20 817	102,0	15,6
Personen 65 Jahre und älter	14 368	17,6	18 533	90,8	17,2

¹ Vorjahreseinkommen (einschließlich des Mietwerts selbst genutzten Wohneigentums), äquivalenzgewichtet mit dem Kehrwert der Quadratwurzel der Haushaltsgröße.

² Anteil der Personen, deren verfügbares Einkommen weniger als 60 % des Medians der Gesamtbevölkerung beträgt.

position. Leben die Alten in einem Zweipersonenhaushalt, so ist deren Einkommenslage ungleich besser. Deren äquivalenzgewichtete verfügbare Jahreseinkommen⁸ lagen 2002 mit rund 20 000 Euro beim Durchschnittswert der Gesamtbevölkerung und damit deutlich über den Einkommen von Familien mit Kindern. Die etwas bessere Wohlfahrtsposition der Alten in Zweipersonenhaushalten wird dabei vornehmlich durch gemeinsames Wirtschaften erzielt, da das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen dieser Personen niedriger war als bei Alleinlebenden.⁹

Die Armutsrate¹⁰ der Alten lag mit 17,2 % nur 1,3 Prozentpunkte über dem Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung. Innerhalb der Gruppe der Alten sind vor allem Alleinlebende von Armut stark betroffen. Alte in Zweipersonenhaushalten hingegen haben im Vergleich zur Gesamtbevölkerung mit rund 10 % ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko. Damit hatte die Mehrzahl der Alten ein deutlich geringeres Armutsrisiko als Familien mit Kindern (18 %) oder als Alleinlebende im erwerbsfähigen Alter (24 %).

Einkommensposition älterer Menschen in Ostdeutschland deutlich schlechter

Zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es hinsichtlich der Einkommensposition von Alten starke Unterschiede. Bezogen auf das mittlere Einkommen der Gesamtbevölkerung weisen ostdeutsche Ältere nur eine Einkommensposition von rund 75 % auf und sind damit deutlich schlechter gestellt als die älteren Menschen in Westdeutschland mit knapp 95 % (Tabelle 2). Dies ist durch die weit höheren sonstigen Einkünfte (z. B. Betriebsrenten, Kapitaleinkünfte) zu erklären. Allein lebende Alte in Ostdeutschland sind mit unter 70 % noch schlechter positioniert. Alte in Zweipersonenhaushalten sind in Ostdeutschland zwar etwas besser gestellt als die allein lebenden Alten, in der Einkommenshierarchie erreichen sie aber auch nur etwas mehr als 80 %.

Im Gegensatz dazu hat die Mehrzahl der westdeutschen Rentner eine Einkommensposition über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Besonders hoch – bei knapp 110 % – liegt hier der Wert für die über 74-Jährigen in Zweipersonenhaushalten. Dieses bietet Spielraum für eine Reform der steuerlichen Behandlung der Alterseinkünfte.

Rückgang der Altersarmut

Während Personen im Alter bis zu 65 Jahren im Zeitraum 1984 bis 2002 ihre Einkommensposition

Tabelle 2

Relative Einkommensposition in West- und Ostdeutschland 2002 nach Haushaltstypen

Deutschland insgesamt = 100

Haushaltstyp	Westdeutschland	Ostdeutschland
Alleinlebende im Alter von ...		
unter 65 Jahren	96,8	66,3
65 bis 74 Jahre	83,2	62,3
darunter: Frauen	79,9	57,7
75 Jahre und älter	76,7	67,0
darunter: Frauen	73,9	64,1
Zweipersonenhaushalte, älteste Person ...		
unter 65 Jahre	129,0	95,1
65 bis 74 Jahre	102,1	82,3
75 Jahre und älter	109,8	80,9
Familien mit Kindern unter 17 Jahren	92,0	80,9
Sonstige Haushalte ...		
ohne Kinder	124,8	102,7
mit Rentner, 65 bis 74 Jahre	104,5	92,6
mit Rentner, 75 Jahre und älter	114,9	107,0
Insgesamt	103,4	84,6
darunter:		
Personen unter 65 Jahre	105,3	86,7
Personen 65 Jahre und älter	94,4	75,4

Quellen: SOEP 2002; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

in etwa hielten, konnten die Alten diese deutlich – um knapp 10 Prozentpunkte – verbessern (Abbildung 1). Nach einem leichten Rückgang von 1989 bis 1992 kam es bei diesen allein von 1992 bis 1995 zu einem (vereinigungsbedingten) Zugewinn in ihrer Einkommensposition um rund 6 Prozentpunkte.

Parallel zu dieser Entwicklung ist auch die Altersarmut merklich zurückgegangen, und zwar um rund 10 Prozentpunkte. Anfang der 80er Jahre waren von Armut noch mehr als 25 % der Alten betroffen – ein mehr als doppelt so hoher Anteil wie bei Familien mit Kindern. Heute dagegen haben Familien mit Kindern ein höheres Armutsrisiko als Alte.

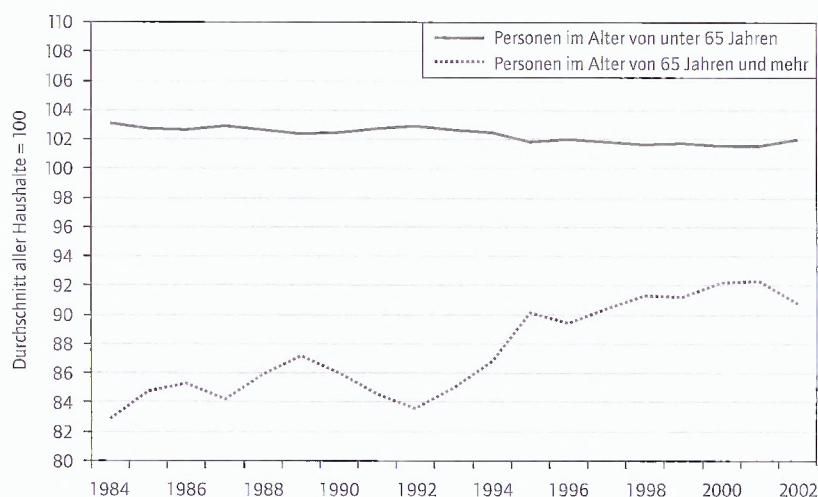
⁸ Die Einkommen auf Basis des SOEP werden hier als äquivalenzgewichtete Jahreseinkommen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um retrospektiv erfragte Einkommen des Vorjahres. Bei der hier verwendeten Äquivalenzgewichtung wird die Quadratwurzel der Haushaltsgröße unterstellt, so dass z. B. ein Zweipersonenhaushalt ein Äquivalenzgewicht von rund 1,414 erhält. Vgl. auch: Einkommensverteilung in Deutschland – Stärkere Umverteilungseffekte in Ostdeutschland. Bearb.: Markus M. Grabka. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 19/2000, S. 291.

⁹ Zur Problematik der Wahl der Äquivalenzziffern zur Bewertung des gemeinsamen Wirtschaftens vgl. Jürgen Faik: Äquivalenzskalen. Theoretische Erörterung, empirische Ermittlung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1995.

¹⁰ Hier wird die international gebräuchliche Definition der Armuts-grenze verwendet. Diese liegt bei 60 % des verfügbaren Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung.

Abbildung 1

Einkommensposition ausgewählter Personengruppen in Deutschland¹ 1984 bis 2002 nach dem Alter



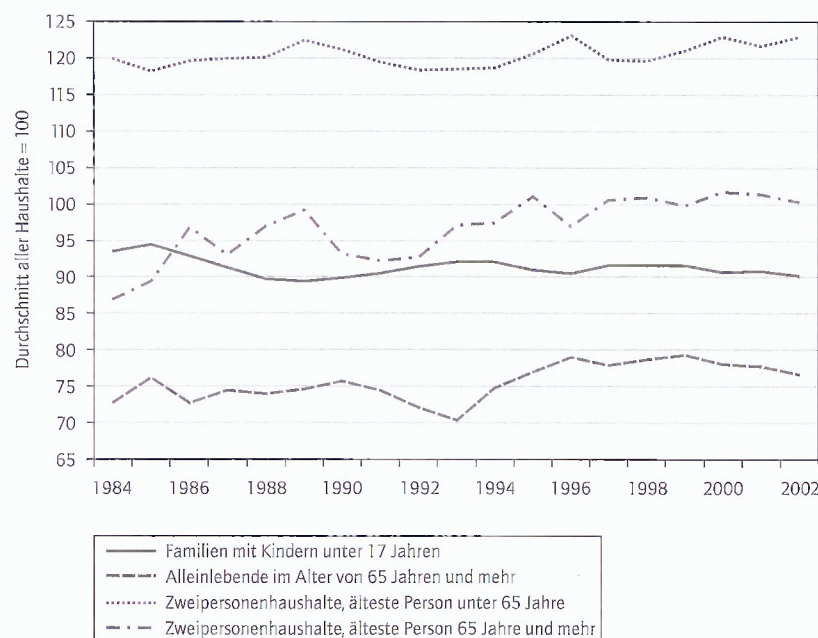
¹ Bis 1991 Westdeutschland.

Quellen: SOEP 1984 bis 2002; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Abbildung 2

Einkommensposition ausgewählter Personengruppen in Deutschland¹ 1984 bis 2002 nach Alter und Haushaltstyp



¹ Bis 1991 Westdeutschland.

Quellen: SOEP 1984 bis 2002; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Der Zuwachs in der relativen Einkommensposition von Alten ist in Paarhaushalten mit rund 12 Prozentpunkten besonders ausgeprägt (Abbildung 2).¹¹

Aber auch allein lebende Alte haben insgesamt – bei Schwankungen im Verlauf – von 1984 bis 2002 ihre Position etwas verbessert. Diese günstige Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass verstärkt Kohorten, die in der Boomphase der Nachkriegszeit erwerbstätig waren und damit relativ hohe Rentenansprüche erlangten, nun in die Rentenphase eingetreten sind.

Anders verhält es sich bei den Personen im erwerbsfähigen Alter: Die Einkommensposition von Paarhaushalten bis zu einem Alter von 65 Jahren stagnierte bei rund 120 %, und die von Familien mit Kindern verschlechterte sich sogar etwas.

Spar- und Transferverhalten von älteren Menschen

Mit steigendem Lebensalter ist im Allgemeinen eine abnehmende Konsumneigung verbunden, was sich u. a. in überdurchschnittlichen Sparquoten und Transferleistungen an Dritte äußert. Die SOEP-Daten für das Jahr 2002 belegen die Hypothese einer überdurchschnittlichen Spartätigkeit der Älteren und zeigen beachtliche Transfers an Kinder und Enkelkinder (Tabelle 3).

Die Sparquote, berechnet als Anteil der regelmäßigen monatlichen Sparsumme am Haushaltsnettoeinkommen (ohne Berücksichtigung von Konsumentenkrediten und Hypothekenzahlungen), lag für 65-Jährige und Ältere bei 9,5 %. Sie war damit deutlich höher als die Sparquote der „jüngeren“ Bevölkerung (bis zu einem Alter von 65 Jahren) mit nur 6,6 %, bei denen allerdings auch Sparen in Form von Hypothekentilgung hinzukommt.¹²

Spartätigkeit und Einkommenshöhe sind auch bei alten Menschen stark positiv korreliert: In den obersten beiden Einkommensquintilen lag die durchschnittliche Sparquote im Jahre 2002 bei rund 12 %, wobei knapp 80 % der Befragten angaben, regelmäßig Geld zurückzulegen. Im untersten Einkommensquintil betrug der Anteil der regelmäßigen Sparer immerhin noch 40 %.

Für die Bestimmung der Transferquote älterer Menschen wurden die Transferleistungen an Kinder (einschließlich Schwiegersöhnen und -töchtern)

¹¹ Die vier hier ausgewählten Personengruppen repräsentierten im Jahre 2002 knapp 75 % der Bevölkerung.

¹² Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag die Sparquote im Jahre 2001 auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bei 10,1 %. Die hier ausgewiesene Sparquote weicht aufgrund methodischer Unterschiede in der Erfassung und Berücksichtigung verschiedener Einkommenskomponenten ab; vgl. Statistisches Bundesamt: Pressekonferenz „Bruttoinlandsprodukt 2002 für Deutschland“ am 16. Januar 2003 in Wiesbaden, Statement von Präsident Johann Hahlen.

Tabelle 3

Spar- und Transferquoten von Personen im Alter ab 65 Jahren

Einkommensquintil ¹	Durchschnittliche Sparquote ² in %	Anteil der Sparer in %	Durchschnittliche Transferquote ³ in %	Anteil der Transferleistenden in %	Nachrichtlich: Durchschnittlicher Transferbetrag in Euro pro Monat	Anteil der Sparer oder Transferleistenden in %
1. Quintil	6,1	39,8	1,0	6,1	149	42,4
2. Quintil	7,6	55,1	1,3	10,8	150	58,9
3. Quintil	9,8	68,8	1,9	15,1	209	73,6
4. Quintil	11,3	76,2	4,8	21,4	477	80,3
5. Quintil	12,5	79,3	3,5	25,9	448	83,8
Insgesamt	9,5	63,9	2,5	15,9	347	67,8
Nachrichtlich:						
Gesamtbevölkerung	7,1	58,4	–	–	–	–
Personen unter 65 Jahre	6,6	57,3	–	–	–	–

1 Vorjahreseinkommen (einschließlich des Mietwerts selbst genutzten Wohneigentums), äquivalenzgewichtet mit dem Kehrwert der Quadratwurzel der Haushaltsgröße. Jedes Quintil umfasst 20 % aller nach der Höhe der Einkommen gruppierten Personen im Alter ab 65 Jahren.
2 Bezogen auf das verfügbare Vorjahreseinkommen einschließlich des Mietwerts selbst genutzten Wohneigentums (ohne Berücksichtigung von Konsumentenkrediten und Hypotheken).

3 Geleistete private Transfers an Kinder (Schwiegersohn/-tochter) und sonstige Verwandte (Enkel) im Vorjahr; Transferquote bezogen auf das verfügbare Vorjahreseinkommen.

Quellen: SOEP 2002; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

und sonstige Verwandte, z. B. Enkel, analysiert. Auch hier zeigt sich, dass mit steigendem verfügbaren Einkommen sowohl die Transferquote als auch der Anteil der Transferleistenden steigt. Die durchschnittliche Transferquote der Alten beträgt mehr als 2 % des verfügbaren Einkommens.¹³ Knapp 16 % aller älteren Menschen unterstützen regelmäßig ihre Kinder oder sonstigen Verwandten finanziell; der durchschnittliche Transferbetrag lag im Jahre 2002 bei monatlich rund 350 Euro.

Tabelle 3 verdeutlicht auch, dass mehr als zwei Drittel der alten Menschen entweder sparen oder direkt Geld an ihre Kinder und Enkel geben. Sogar in den untersten beiden Einkommensquintilen war die entsprechende Quote mit 42 % bzw. 59 % recht hoch.

Fazit

Im Zeitraum 1984 bis 2002 konnten die Alten insgesamt ihre Einkommensposition erheblich verbessern, während die Jüngeren eine Stagnation oder sogar eine Verschlechterung hinnehmen mussten. Vor allem Alte in Paarhaushalten – die die Mehrheit in dieser Altersgruppe bilden – bewegten sich in der Einkommenshierarchie in dieser Periode deutlich nach oben; ihre Einkommensposition liegt heute um mehr als 10 Prozentpunkte über der von Familien mit Kindern.

Ob eine stärkere Belastung der Einkünfte der Älteren zum gegenwärtigen Zeitpunkt ohne sozialpolitische Verwerfungen möglich ist, lässt sich

auch anhand ihrer Spar- und Transferneigung beurteilen. Mit dem Alter sinkt tendenziell die Konsumneigung, entsprechend nimmt die Spartätigkeit zu. Mehr als zwei Drittel der Alten sparen oder leisten Transfers an Kinder und Enkel.

Die aktuellen Reformschritte der Bundesregierung zur Konsolidierung der Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung belasten nun auch verstärkt die derzeitige Rentnergeneration. Die Aussetzung der Rentenerhöhung und die vollständige Finanzierung der Beiträge zur Pflegeversicherung durch die Alten treffen dabei alle Rentner gleichermaßen und erhöhen damit ceteris paribus deren Armutsrisiko. Mit einem erhöhten Armutsrisiko werden vor allem allein lebende Alte konfrontiert sein, da deren Einkommensposition merklich unter dem Durchschnitt liegt.

Ein sozial ausgeglichener Beitrag der aktuellen Rentnergeneration ist mittels einer Revision der Besteuerung von gesetzlichen Renten möglich und – wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert – auch längst überfällig.¹⁴ Der zu versteuernde Anteil sollte aber nicht schrittweise bis zum Jahr 2020 angehoben und auch nicht für jeden Rentenjahrgang konstant gehalten werden, sondern bereits

13 Neben regelmäßigen Unterstützungen an Enkel und Kinder sind auch einmalige Übertragungen in Form von Erbschaften und Schenkungen zu nennen. Diese belaufen sich pro Jahr auf insgesamt mehr als 50 Mrd. Euro. Vgl. auch: Erbschaften und Schenkungen in Deutschland. Bearb.: Jürgen Schupp und Marc Szydlis. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 5/2004.

14 Vgl. zur Forderung des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Gleichstellung von Rentnern und Pensionären: Ältere Menschen in Deutschland ..., a. a. O.

die heutige Rentnergeneration deutlich stärker belasten.¹⁵ Davon wären nur wenige gut verdienende alte Menschen betroffen, während ein Aussetzen der Rentenanpassung auch Rentner mit einer geringen gesetzlichen Rente belastet.

¹⁵ Vgl. zum Gesetzentwurf zur Neuordnung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen (Alterseinkünftegesetz – AltEinkG) Bundesfinanzministerium: Fragen und Antworten zum Alterseinkünftegesetz. 2003 (www.bundesfinanzministerium.de/Anlage21314/Fragen-und-Antworten-zum-Alterseinkuenftegesetz.pdf).

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Guillaume L'Hégaret, Boriss Siliverstovs, Anne Neumann and
Christian von Hirschhausen

International Market Integration for Natural Gas? A Cointegration Analysis of Gas Prices in Europe, North America and Japan

We examine the degree of natural gas market integration in Europe, North America and Japan between the mid-1990s and 2002. The relationship between the international gas market prices and their relation to the oil price are investigated through principal component analysis and Johansen likelihood-based procedures. Both of them show a high level of integration within the European/Japanese and North American markets; but they also show that the European resp. Japanese and the North American markets are not integrated.

Discussion Paper No. 393
Dezember 2003

Peter Haan

Discrete Choice Labor Supply: Conditional Logit vs. Random Coefficient Model

Estimating labor supply functions using a discrete rather than a continuous specification has become increasingly popular in recent years. On basis of the German Socio-economic Panel (GSOEP) I test which specification of discrete choice is the appropriate model for estimating labor supply: the standard conditional logit model or the random coefficient model. To the extent that effect heterogeneity is present in empirical models of labor supply functions, the application of a random coefficient model is necessary to avoid biased estimates. However, because of the complex structure, random coefficient models defy calculating confidence intervals of marginal effects or elasticities. Therefore, if heterogeneity is nonexistent or does not lead to a significant bias in the derived labor supply elasticities, standard discrete choice models provide the more favorable choice. Due to their simple structure, conditional logit models are far less computational intensive providing standard tools to calculate confidence intervals of elasticities.

My findings suggest that effect heterogeneity is present when estimating a discrete choice model of labor supply drawing on data of the GSOEP. However, the labor supply elasticities derived from the specifications with and without random effects do not differ significantly. That leads to the conclusion that the standard discrete choice model, attractive for its simple structure, provides an adequate model choice for the analysis of labor supply functions based on the GSOEP.

Discussion Paper No. 394
Januar 2004

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden (www.diw.de/deutsch/publikationen/diskussionspapiere).

Veröffentlichungshinweise

Joachim R. Frick and Markus M. Grabka

Imputed Rent and Income Inequality: A Decomposition Analysis for the UK, West Germany and the USA

In: Review of Income and Wealth, Vol. 49 (4), 2003, pp. 513–537

Short Abstract

This article deals with income advantages derived from owner-occupied housing and their impact on the personal income distribution. Using micro-data from the British Household Panel Study (BHPS), the German Socio-Economic Panel (SOEP) and the US Panel Study of Income Dynamics (PSID) we find distinct cross-national differences in terms of the prevalence and extent of imputed rent. Results from inequality decomposition analyses show this overall impact to be the net effect of two conflicting changes: On the one hand, there is increasing income inequality *between* the groups of owner-occupiers and renters, respectively, and, on the other hand, we find inequality to be decreasing *within* the group of those owner-occupiers who own outright. When focussing on imputed rent as a means of old-age provision, our results for all three countries show an income advantage for as well as poverty reducing effect among the elderly. The empirical findings support the claim for the need of an improved harmonization of this non-cash income component especially for the purpose of cross-nationally comparative research.

Joachim R. Frick und Markus M. Grabka

Der Einfluß von „Imputed Rent“ auf die personelle Einkommensverteilung

In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 221 (3), 2001, S. 285–308

Zusammenfassung

Die Untersuchung befasst sich mit alternativen Verfahren zur Berücksichtigung von Einkommensvorteilen aus selbst genutztem Wohneigentum („Imputed Rent“) und deren Einfluss auf individuelle Einkommen sowie die personelle Einkommensverteilung in Deutschland. Nach einer theoretischen Darstellung der Verfahren und ihrer jeweiligen Vor- und Nachteile werden diese mithilfe der Mikrodaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) empirisch vergleichend umgesetzt. Abschließend werden aufgrund theoretischer Vorüberlegungen und der empirischen Ergebnisse Empfehlungen zum Umgang mit „Imputed Rent“ bei Analysen zur personellen Einkommensverteilung und Einkommensmobilität gegeben. Neben der quantitativen Bedeutung dieser nichtmonetären Einkommenskomponente ist aus sozialpolitischer Sicht insbesondere eine tendenziell die Einkommensungleichheit reduzierende Wirkung zu konstatieren, wobei auch die zunehmende Rolle von Wohneigentum zur Altersvorsorge bestätigt wird.

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dörte Höppner
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

Jahrgang Euro 120,–
Einzelheft Euro 11,–
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin